

**Zeitschrift:** Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer  
**Band:** 22 (1995)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Wahlen '95: Parteien im Portrait. Teil IV, SVP: Die Volks- oder Bauernpartei  
**Autor:** Tschanz, Pierre-André  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-909688>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 06.10.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Wahlen '95: Parteien im Portrait (IV)

## SVP: Die Volks- oder Bauernpartei

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) ist mit ihren 29 Sitzen in der Bundesversammlung die viertstärkste Partei der Schweiz. Sie gehört zu den vier seit 1960 im Bundesrat vertretenen Parteien. Seit 1930 verfügt sie über einen der sieben Bundesratssitze; er wird meist aus dem Kanton Bern besetzt. Bis 1940 vertrat der Berner Rudolf Minger, Gründer und Leitfigur der Partei, die SVP im Bundesrat. Seit 1988 sitzt Adolf Ogi – wie es sich gehört ein Berner – für die SVP in der Regierung. Er steht an der Spitze des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements.

Die Schweizerische Volkspartei ging aus der freisinnigen Strömung hervor. 1919 wuchs aus den freisinnigen Wurzeln ein bäuerlicher Trieb. Dieser war anfänglich nur im Kanton Bern heimisch, doch allmählich vergrösserte er sich und wurde 1936 unter dem Namen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) zur nationalen Gruppierung. Erst 1971 nahm die Partei den heute gültigen Namen an. Die SVP wollte sich damit vom Image der Bauernpartei lösen; trotz Reformen zu Beginn der siebziger Jahre ist es ihr allerdings bis heute nicht gelungen. Die SVP möchte die Partei des Mittelstandes sein. Innerhalb

des Parteienspektrums ist sie eindeutig dem rechten Lager zuzuordnen.

Die SVP, die bei den eidgenössischen Wahlen von 1991 11,8 Prozent der Wählerstimmen errang, hofft 1995 auf einen gesamtschweizerischen Stimmzuwachs von 2 Prozent. Erreichen will sie dies mit einem Programm, welches das Schwergewicht auf die Verbesserung

SVP-Bundesrat Adolf Ogi (rechts) an der Seite von Parteipräsident Hans Uhlmann. (Fotos: Keystone)



der öffentlichen Sicherheit, auf den Abbau der Bürokratie, auf Deregulierung und insbesondere auf eine Ablehnung jeder Form der Integration der Schweiz in die Europäische Union legt.

Die SVP ist nicht in allen Kantonen vertreten. Praktisch keine Bedeutung

hat sie in Appenzell-Innerrhoden, in Genf, im Jura, in Neuenburg, im Tessin und im Wallis. Hingegen sind in der Zentral- und Ostschweiz in den vergangenen zwei Jahren zahlreiche neue Sektionen entstanden; dies im Zuge der vom Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Blocher angeführten Anti-EWR-Bewegung. Der derzeitige Parteipräsident, der Thurgauer Ständerat Hans Uhlmann, ist ein Vertreter der «härten» Linie, wie sie in Zürich und in der Ostschweiz typisch und in der Partei heute mehrheitsfähig ist.

Pierre-André Tschanz

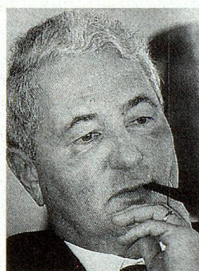
### Schweizerische Volkspartei (SVP)

Gründungsjahr: 1936; Mitglieder: ca. 80 000  
 Sitze im Nationalrat: 25, im Ständerat: 4  
 Vorsitz: Ständerat Hans Uhlmann TG  
 Adresse: SVP, Postfach, CH-3009 Bern,  
 Tel. +41 31 302 58 58

## Die Liberale Partei der Schweiz

Mit nur drei Prozent des gesamtschweizerischen Wähleranteils in den Wahlen von 1991 müsste die Liberale Partei (LPS) eigentlich unter «ferner liefen» rangieren. Doch dieser Prozentsatz brachte der Partei in den beiden Kammern insgesamt 13 Sitze ein. Sie ist damit nach den vier Regierungsparteien und den Grünen die sechststärkste Partei. Dieses Paradoxon lässt sich darauf zurückführen, dass die LPS nur in ein paar Kantonen wie Waadt, Genf, Neuenburg und Basel-Stadt eine wichtige Rolle spielt. Sie ist in der Westschweiz gut bekannt, in der Deutschschweiz und im Tessin dagegen kaum.

Im kommenden Herbst möchte die Liberale Partei der Schweiz das Ergebnis von 1991 halten oder konsolidieren. Zusätzliche Stimmen – und vielleicht einen zusätzlichen Sitz – strebt sie in Zürich an, wo sich vom Freisinn, von den Christlichdemokraten und von der



François Jeanneret, Präsident der Liberalen Partei.

Freiheitspartei (ehemalige Autopartei) enttäuschte Mitglieder in einer neuen Sektion der Liberalen Partei zusammengefunden haben. Die LPS hat den Föderalismus zu ihrer «Religion» gemacht; sie kämpft gegen zentralistische Strömungen und für eine möglichst grosse Selbständigkeit der Kantone. Es waren auch liberale Kreise, die eine Volksinitiative zur Abschaffung der direkten Bundessteuer lancierten. Im rechten Lager ist die LPS die einzige proeuropäische Gruppierung, die sich

sogar für einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union stark macht.

Die Liberale Partei, hervorgegangen aus den Liberalen von vor 1848, «rekrutiert ihre Mitglieder aus alten protestantischen Patrizierfamilien» (E. Claret, «Les partis politiques en Suisse», 1975). Heutiger Parteipräsident ist der ehemalige Neuenburger Nationalrat François Jeanneret. Zwischen 1917 und 1919 war die Partei mit dem Genfer Gustave Ador im Bundesrat vertreten. Dank dem Prestige und Sachverstand ihrer Vertreter im Parlament verschafft sich die Partei in der eidgenössischen Politik Gehör und Einfluss, die mit denjenigen der anderen bürgerlichen Parteien vergleichbar sind.

PAT

### Liberale Partei der Schweiz (LPS)

Gründungsjahr 1913; Mitglieder: ca. 15 000  
 Sitze im Nationalrat: 10, im Ständerat: 3  
 Vorsitz: François Jeanneret NE  
 Adresse: LPS, Postfach 7107  
 CH-3001 Bern, Tel. +41 31 311 64 04